

Antrag

**der Abgeordneten Kersten Artus, Tim Golke, Heike Sudmann,
Norbert Hackbusch, Dora Heyenn, Cansu Özdemir, Christiane Schneider
und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

**Betr.: Bundesratsinitiative zur Senkung der Mehrwertsteuer auf Arzneimittel
von 19 auf 7 Prozent**

Die Überschüsse der Gesetzlichen Krankenkasse (GKV) sind bis Ende 2011 von 10,2 Milliarden Euro auf 19,5 Milliarden Euro angewachsen. Die gesetzlich vorgeschriebenen Rücklagen betragen 5,1 Milliarden Euro.

Die Gründe für die Überschüsse der Gesetzlichen Krankenversicherung mit 19,5 Milliarden Euro liegen in einem erhöhten Beitragssatz von 15,5 Prozent (Arbeitnehmeranteil 8,2 Prozent, Arbeitgeber 7,3 Prozent) gegenüber dem Vorjahr von 14,9 Prozent, zum anderen in der Zunahme sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze.

Die Gesundheitsreformen der letzten Jahre zielten auf Kostendämpfung, insbesondere darauf, den Kostenanstieg bei Arzneimitteln, Heil- und Hilfsmitteln einzudämmen. Mit der Mehrwertsteuererhöhung 2007 wurde der Satz von 16 auf 19 Prozent auch für Medikamente angehoben. Während die Mehrwertsteuer für Hotelübernachtungen bereits 2009 wieder von 19 auf 7 Prozent reduziert wurde, brachten die Einnahmen der Mehrwertsteuer auf Medikamente allein im Jahr 2010 rund 4,6 Milliarden Euro in den öffentlichen Haushalt zur Sanierung der Staatsfinanzen.

Nirgendwo sind Arzneimittelpreise so hoch wie in Deutschland. Sie liegen 30 Prozent höher als im europäischen Durchschnitt. Als Begründung argumentieren die Hersteller, dass die hohen deutschen Listenpreise als Referenz für die europäische Preisbildung dienen. In den meisten Staaten Europas ist eine staatliche Preisfestsetzung Realität. In Deutschland gestalten weiterhin die Konzerne die Preise.

Mit dem „Europäischen Semester“, das es erstmals 2011 gab, soll die wirtschafts- und finanzpolitische Koordinierung in der EU intensiviert werden. Während die meisten Länder in Europa bei der Besteuerung auf Arzneimittel einen verminderten Satz anwenden, wird in Deutschland der volle Satz von 19 Prozent erhoben. Nach Dänemark und Bulgarien hat Deutschland damit den dritthöchsten Mehrwertsteuersatz bei Arzneimitteln. Eine Harmonisierung der Mehrwertsteuer auf niedrigem Niveau innerhalb der EU wäre sinnvoll. Eine Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes von 19 auf 7 Prozent wäre nicht nur ein Beitrag zur Kostensenkung und zur Entlastung der Krankenkassen. Mit dieser Senkung werden auch direkt Patientinnen und Patienten bei nicht verschreibungspflichtigen Medikamenten oder Arzneimitteln entlastet, die nicht von einer Zuzahlung befreit sind. Eine entsprechende Änderung wäre solidarisch, gerecht und kostensparend.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. mit einer eigenen Gesetzesinitiative im Bundesrat darauf hinzuwirken, dass der gegenwärtige 19-prozentige Mehrwertsteuersatz für verschreibungspflichtige Medikamente, für Hilfs- und Heilmittel auf 7 Prozent abgesenkt wird;
2. der Bürgerschaft bis Ende des Jahres 2012 darüber zu berichten.